

Trump, der pragmatische Populist

Der Rechtsstaat besteht noch, es werden keine Bücher verbrannt, und der Kongress steht auch noch in Washington, D.C.: Die ersten 100 Tage des neuen US-Präsidenten waren gar nicht so schlecht, wie sie von manchen nun gemacht werden.

Russell A. Berman

Der polarisierte Diskurs um Donald Trump versperrt leicht den Blick auf die eigentlichen politischen Entwicklungen. Trumps Kritiker, die gerne mit Faschismusvergleichen operieren, konzedieren nur ungern, dass sich ihre schlimmsten Prophezeiungen nicht erfüllt haben: Der Rechtsstaat besteht noch, Bücher werden nicht verbrannt, und der Kongress ist in keinem Reichstagsbrand untergegangen. Die Vorhersage deutete auf Weltuntergang – aber nach hundert Tagen herrscht immer noch Alltag.

Es geht nicht nur um die bekannte Diskrepanz zwischen überhitzter Wahlkampfretorik und prosaischer Welt, sondern auch darum, dass sich beim Phänomen Trump eine Verschiebung abzeichnet. Im November siegte der populistische Kandidat. Im Jänner hielt er eine Vereidigungsrede, deren Elitekritik gegen die Normen der politischen Kultur verstieß. Nun aber, Ende April, zieht eine Normalität ein. Statt einen Bürgerschreck finden wir im Weißen Haus einen Pragmatiker, der sich mit den Sachzwängen des Amtes abfinden muss.

Diese Wende gilt besonders im außenpolitischen Bereich. Kandidat Trump segelte unter der Fahne von „America first“, unter dem Primat des nationalen Interesses bei einer Abkehr von internationalen Bindungen. In der Tat nahm er eine Verschlechterung der Beziehungen zu Mexiko in Kauf, ebenso wie er dem Freihandelsabkommen für den pazifischen Raum einen letzten Stoß versetzte. In beiden Punkten erkennt man die Erfüllung von Wahlversprechen. Es sind allerdings die Überraschungen, die wichtiger sind. Im Wahlkampf kritisierte er Japan und China scharf, in den vergangenen Monaten gelang es ihm aber, anscheinend erfolgreiche Beziehungen zu Shinzo Abe und Xi Jinping aufzubauen, zum Teil als notwendige Komponenten einer multilateralen Strategie gegen die nordkoreanische Gefahr. Das ist auf jeden Fall nicht der Isolationismus, den seine Gegner ihm unterstellt haben.

Die Abkehr von einer ideologischen Abschottung ist nirgends sichtbarer als in Trumps Europapolitik. Der Kandidat verwarf die Nato als veraltet, und er denunzierte die EU, worauf ihm eine Nähe zu den Rechtspopulisten Le Pen und Orbán angekreidet wurde. Von der Nato-Kritik wenigstens hat er sich inzwischen em-

phatisch distanziert – weil es ihm gelang, von Angela Merkel die Zusage eines erhöhten Verteidigungshaushalts zu gewinnen; weil er die Rolle der Nato im Kampf gegen den Terrorismus erkannt hat; aber gewiss vor allem deshalb, weil er Russland zunehmend als Problem versteht.

Gerade darin liegt die größte außenpolitische Wende. Der Kandidat schien darauf zu setzen, Russland als Bündnispartner zu gewinnen, und erklärte sogar eine gewisse Sympathie für Putin. Somit stellte Trump die US-Version eines „Putinverstehers“ dar, weshalb die Demokraten immer noch darauf insistieren, dass Trump nur durch subversive russische Einmischung die Wahl gewinnen konnte. Für diesen Vorwurf gibt es keinen stichhaltigen Beweis, aber die Verschwörungstheorie bietet letzten Endes eine tröstende Erklärung für Clintons Verlust, den ihre Anhänger immer noch nicht verschmerzen können.

Es gibt jedoch ein Kernversprechen seines Wahlkampfes, das der Außenpolitiker Trump erfüllt. Trotz isolationistischer Neigungen hat er zugleich darauf gepocht, dass der Abbau des Militärs, den Obama unternommen hatte, korrigiert werden müsse, und auch darauf, dass die Vereinigten Staaten bereit sein müssten, ihre Macht nach außen zu projizieren. Daher rührt etwa der Angriff auf den syrischen Flughafen als Antwort auf die Verwendung von Chemiewaffen durch die Assad-Regierung. Das Einsetzen dieser geächteten

Vernichtungsmittel war nicht nur ein Verstoß gegen internationale völkerrechtliche Verpflichtungen, sondern auch ein Wortbruch Assads gegenüber Washington. Gerade deshalb musste Trump ein Zeichen setzen: Sein „America first“-Versprechen bedeutet auch den Willen, Stärke zu zeigen – eine klare Abgrenzung von der Obama-Regierung.

Auch in der Innenpolitik hat Trump Erfolge verbuchen können. Der Wichtigste ist die Ernennung des konservativen Richters Neil Gorsuch zum Höchstrichter auf Lebzeiten. Der 49-jährige Jurist wird die Rechtsprechung langfristig mitbestimmen. Es dürften sich allerdings Kritiker beschweren, dass Trump mit der Wahl von Gorsuch seine eigenen antielitären Einstellungen aufgab. Von den neun Richtern studierten fünf in Harvard, drei in Yale, und einer an der Columbia. Gorsuch gehört zu den Harvardianern, ist also nicht unbedingt ein bodenständiger Mann des Volkes.



Karikatur: Michael Murschetz

Angesichts der Immigrationskritik Trumps macht sein Innenminister nun Ernst mit der Abschiebung illegaler Einwanderer, die Verbrechen begehen. Eine Niederlage für Trump gab es bei seinen zwei Versuchen, die Einwanderungsbestimmungen per Verordnung zu verschärfen. In beiden Fällen haben richterliche Entscheidungen deren Inkrafttreten verhindert. Hier fällt auf, dass trotz der immer noch kursierenden Beschreibungen von Trump als Mächtigerndiktator gerichtliche Interventionen respektiert wurden. Auch der Quereinsteiger muss sich mit den Bedingungen des Rechtsstaats und den demokratischen Spielregeln abfinden.

Trump's wichtigste bisher erlittene Niederlage betrifft die fehlgeschlagene Gesundheitsreform. Obwohl sie einen Kernpunkt im republikanischen Wahlkampfprogramm bildete, stellte sich heraus, dass die innerparteilichen Spannungen zu groß waren, um ein Reformgesetz zu verabschieden. Trotz dieses Rückschlags scheint jedoch Trump bereit, das kontroversielle Thema wieder anzupacken, in der Hoffnung, doch noch einen Deal machen zu können, bevor er zum eigentlichen Preis, eine Steuerreform, gelangen kann. Denn nur über die anvisierte Steuerreform kann Wachstum angekurbelt und damit die Chancen für seine Stammwähler verbessert werden. Das ist der Populismus, den er eigentlich meint.

RUSSELL A. BERMAN (66) ist Professor für Humanities an der Stanford University (Komparatist, Germanist) sowie auch Senior Fellow an der Hoover Institution.



R. A. Berman: Ein Wille, sich von Obama abzugrenzen.

Foto: Univ. Stanford

LESERSTIMME

Autokratische Altpartei

Betrifft: Grüne Krise
„Permissive Autorität“ nennt man das, wenn jemand etwas ausdrücklich erlaubt, was man ohnehin nicht verbieten kann. Und manche nennen diesen Unfug, den die Frau Vizebürgermeisterin da vorführt, auch noch „politischen Kompromiss“.

Das freie Mandat hat es immer gegeben, es wurde in der Vergangenheit doch einige Male auch wirksam. Da braucht es keine „Erlaubnis“. Für die Grünen ist dies glatter Unfug.

Als Grüner der ersten Stunde und auch hauptamtlicher Mitarbeiter im grünen Bundesbüro muss ich vorsichtig sein (um nicht verdächtigt zu werden, das „Alte“ zu loben und das „Jetzige“ gering zu achten). Wenn ich aber mit derzeitigen Funktionären über die Situation spreche und meine, es gibt nur eine Möglichkeit, da rauszukommen, nämlich die Ablöse der Vizebürgermeisterin, wird mir entgegnet: Aber wer soll denn das machen? Das ist ein dramatisches Armutszeugnis.

Weitergedacht bedeutet das, dass bis zum Pensionsantritt der

Vizebürgermeisterin kein Wechsel stattfinden kann und wird?

Ich erinnere mich an Zeiten, wo das Postulat aufgestellt wurde, dass jeder in eine Funktion gewählte Grüne nach vier Jahren wieder ausscheiden muss. Manche sitzen noch immer bequem in ihrer Funktion, mittlerweile sind die Grünen eine Altpartei geworden. In allen autokratischen Systemen wird Personenkult betrieben und an keiner personellen Verbreiterung gearbeitet. Wie eben heute bei den Grünen auf Bundes- wie auf der Wiener Landesebene. *Franz Bittner per Mail*

HANS RAUSCHER

Der Kopftuchsager und die Realität im Park



Erstklassiger ORF-Journalismus: die *Am Schaulplatz*-Sendung von Donnerstag dieser Woche über Revierkämpfe tschetschenischer und afghanischer Jugendlicher in Wiener Parks. Es war eine Nachfolgeausgabe einer Reportage vom Sommer 2016, mit der Devise: Was ist aus ihnen geworden? Kurzfassung: nicht viel oder nichts Gutes. Die meisten sind nach wie vor arbeitslos, etliche inzwischen wegen Drogen- und Gewaltdelikten im Gefängnis. Dabei waren in der Reportage von Julia Kovarik die meisten artikuliert, intelligent, sogar selbstironisch, zwischen Aggression und Schüchternheit schwankend.

Aber das wirklich Verstörende war die Rasananz, in der sich freundliche Burschen von einer Minute auf die andere in eine manische Tirade von „Ehre“- und „Rache“-Automatik hineinreden konnten. Zusammen mit einem archaischen Frauenbegriff („Wir werden von unseren Eltern verheiratet“) konnte man sehen, warum diese oft vaterlosen jungen Männer einerseits gefürchtet sind, andererseits so schwer zu einer Anpassung finden können.

Das ist das wahre soziale Problem mit dieser „Parallelgesellschaft“. Und nicht ein verunglückter Sager von Bundespräsident Alexander Van der Bellen über (angeblich) „Kopftuch für alle“. Die Aufregung über diesen Spruch hat sich noch immer nicht gelegt. Und nicht nur, weil die FPÖ, die ÖVP und die *Krone* da fest schüren. Hunderttausende Zugriffe und tausende Postings auf *derStandard.at* zeigen, dass auch Wohlmeinende

schockiert waren. Van der Bellen hatte schon vor längerem gesagt: „Und wenn das so weitergeht, bei dieser tatsächlich um sich greifenden Islamophobie, wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. Alle, als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun.“

Ein Intellektueller wie Van der Bellen kann das nicht anders als ironisch überspitzt meinen. Im Sinne von: So weit kommt's noch. Aber das löste nicht nur böswilliges Missverstehen aus, sondern auch Befremden bei wohlwollenden Personen. STANDARD-Leserin Silvia F. schrieb: „In einer Zeit des religiös geprägten frauenfeindlichen Backlash war der (...) Kopftuchsager von VdB der pure Affront (falls Ironie, dann ging sie auf Kosten der ins präsidentale WIR nicht inkludierten Frauen).“

VdB beging überdies zwei Fehler. Er zog eine falsche Parallele zum Judenstern, den die Dänen unter deutscher Besatzung solidarisch getragen hatten. Und er verwendet den Begriff „Islamophobie“. Der ist aber inzwischen ein Totschlagbegriff geworden, um alle berechtigte Kritik an islamischer Ideologie zu diskreditieren.

Aber die reale Problematik ist eine ganz andere: Was tun mit tausenden perspektivlosen muslimischen jungen Männern aus Gewaltkulturen wie Tschetschenien und Afghanistan? Gibt es für die keine staatlichen Lehrwerkstätten? Keine Aufklärung (außer erst im Jugendgefängnis)? Kann man ihnen nicht was Vernünftiges zu tun geben? Sozialdemokratie, was ist los mit dir? „Wirtschaft“, wo bist du? Vielleicht ein Thema für den Bundespräsidenten?

hans.rauscher@derStandard.at